

Pressemitteilung 31/2025

Halle (Saale), den 05.11.2025

Gutachten zu Kohlemilliarden: Angebot an Arbeitskräften besser absichern

Mit rund 41 Milliarden Euro will der Bund den Regionen helfen, die vom Kohleausstieg betroffen sind. Wird das Geld sinnvoll genutzt? Die Wirtschaftsforschungsinstitute IWH und RWI haben den Zwischenbericht 2025 im Rahmen der begleitenden Evaluierungsforschung dazu vorgelegt. Der Bericht beleuchtet die bisherige Mittelverwendung, die zu erwartenden ökonomischen Effekte des Kohleausstiegs und der Förderung der betroffenen Regionen. Wichtige Empfehlungen des Zwischenberichts beziehen sich auf die demographische Lage in den Kohleregionen und auf die Bereitstellung von Daten und Informationen zu den geförderten Projekten.

Die **Vergabe der Fördermittel** im Zuge des Kohleausstiegs kommt voran, wenn auch langsam. Bis zum Jahr 2038 stellt der Bund rund 41 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Folgen des Kohleausstiegs in den betroffenen Regionen zu mildern. Im Zeitraum vom Start des Förderprogramms im August 2020 bis zum Jahresende 2024 wurden 24,8 Milliarden Euro für konkrete Projekte fest verplant (ohne Behördenansiedlungen, Prozesskosten, Just Transition Fund (JTF) und Sofortprogramm: 20,4 Milliarden Euro, vgl. Tabelle). Das entspricht rund 60% des Gesamtbudgets. Tatsächlich abgeflossen sind im selben Zeitraum allerdings lediglich 2,2 Milliarden Euro, also 5,5% des Gesamtbudgets. Das Tempo, mit dem die Projekte umgesetzt werden, ist aktuell noch gering, wenngleich die Geschwindigkeit des Mittelabflusses steigt.

Das geht aus dem neuen **Zwischenbericht 2025 zur Evaluierung des Kohleausstiegs** hervor, der heute (05.11.2025) veröffentlicht wurde. Die Analyse haben die beiden Leibniz-Institute für Wirtschaftsforschung in Halle und Essen, IWH und RWI, erstellt. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie prüfen IWH und RWI als unabhängige Instanzen, ob die Finanzhilfen zielgenau ausgegeben werden und wie die Maßnahmen wirken. Sie erstellen dazu begleitende Evaluierungsgutachten.

Wo und wofür wird das Geld bislang ausgegeben? Das Förderprogramm ist nachfragegetrieben: Mittel können dort bewilligt werden, wo Anträge gestellt werden. Bislang profitieren davon schwerpunktmäßig wenige Kreise innerhalb der Reviere. In den Kreisen wiederum ist das Geld für einige wenige Standorte vorgesehen. Eine gleichmäßige Verteilung der Finanzhilfen über die betroffenen Regionen wäre aus ökonomischer Sicht auch nicht sinnvoll, schreiben die Gutachter: Fördermittel sollten vor allem dort eingesetzt werden, wo die Förderziele am besten erreicht werden können.

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWE), Bundes-
ministerium der Finanzen (BMF),
Bundesministerium der Justiz (BMJ),
Bundeskanzleramt

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Tabelle

Bewilligte Mittel in den Kohleregionen nach Verwendungsbereichen^a
in Mio. Euro

Verwendung für \ Kohleregion	LR (BB)	LR (SN)	MR (SN)	MR (ST)	RR	BK (HE)	SK (NI)	SK (NW)	SK (SL)	Nicht-FG ^b	Verwendung insgesamt
1 – Erreichbarkeit	2 043	1 545	677	941	2 384	0	0	0	0	0	7 589
2 – Bildung	669	224	73	141	63	13	0	2	0	13	1 197
3 – Kultur	120	156	51	146	123	0	0	0	0	0	596
4 – Gesundheit	1 216	55	25	153	0	0	0	0	0	0	1 449
5 – Standorte für Betriebe	379	274	146	414	268	1	38	27	1	40	1 588
6 – Forschung und Entwicklung	1 108	1 780	1 181	902	2 526	13	3	17	1	123	7 653
7 – Klima ^c und Nachhaltigkeit	60	35	11	49	163	0	0	0	0	0	319
8 – Sozialkapital	9	6	5	10	8	0	1	0	0	15	54
Revier insgesamt	5 604	4 074	2 168	2 755	5 535	27	42	46	2	190	20 443

Anmerkungen: Rundungsbedingte Abweichungen bei den Zeilen- und Spaltensummen möglich. ^a Behördenansiedlungen, Prozesskosten, Just Transition Fund (JTF) und Sofortprogramm sind nicht berücksichtigt. – ^b Die Förderregeln erlauben den Einsatz von InvKG-Mitteln auch außerhalb des Fördergebiets, wenn die Projekte innerhalb der Reviere wirksam werden. – ^c Dieser Verwendungsbereich schließt Aspekte von Energieeffizienz und Emissionsminderung mit ein.

Legende: FG – Fördergebiet, LR – Lausitzer Revier, MR – Mitteldeutsches Revier, RR – Rheinisches Revier, BK – Braunkohlerevier, SK – Steinkohlerevier, BB – Brandenburg, SN – Sachsen, ST – Sachsen-Anhalt, NI – Niedersachsen, NW – Nordrhein-Westfalen, SL – Saarland, HE – Helmstedt.

Auch wenn das Investitionsgesetz Kohleregionen sehr unterschiedliche Maßnahmen ermöglicht, konzentrieren sich die bislang bewilligten Mittel vor allem auf zwei Bereiche: Zum einen sollen Verkehrswege wie Straßen und Schienen verbessert und somit die Orte leichter erreichbar werden; zum anderen werden vor allem Einrichtungen für Forschung und Entwicklung auf- und ausgebaut. Die Ökonomen gehen davon aus, dass die Projekte langfristig zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in den Regionen beitragen können. Abgesehen von einzelnen Beispielen, bei denen Projekte bereits deutlich fortgeschritten sind, können allerdings bislang keine **Effekte der Maßnahmen** gefunden werden. Der Grund: Gerade bei Großprojekten braucht es Jahre, bis sie geplant und umgesetzt sind. „Es wird somit noch einiges an Zeit vergehen, bis sich die Effekte der Maßnahmen verlässlich statistisch nachweisen lassen“, heißt es in dem Gutachten.

Laut der Analyse stünden die betroffenen Regionen, insbesondere in der Lausitz und in Teilen des Mitteldeutschen Reviers, auch ohne Kohleausstieg vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen – vor allem, weil die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt. Eine **zentrale Empfehlung** der Forscher lautet deshalb, mit den Fördermitteln künftig noch stärker das Angebot an Arbeitskräften abzusichern, und zwar auf vielerlei Ebenen: Die vorschulische, schulische, berufliche und akademische Bildung sollte weiter ausgebaut und bislang ungenutzte Potenziale von Erwerbspersonen erschlossen werden. Arbeitsstätten sollten besser erreichbar gemacht und die kontrollierte Migration von Fachkräften optimiert werden. Außerdem besteht nach wie vor erhebliches Verbesserungspotenzial bei der Bereitstellung von Daten und Informationen zu den geförderten Projekten.

„Die begleitende Evaluierung der öffentlichen Förderung der Kohleregionen zeigt, dass von den Fördermitteln wie erwartet keine schnellen ökonomischen Effekte ausgehen“, sagt IWH-Vizepräsident **Oliver Holtemöller**, der das Forschungsteam

koordiniert. „Sie ermöglichen den Regionen aber, sich im Strukturwandel besser aufzustellen. Zurzeit liegt der Fokus tendenziell auf Großprojekten. In Zukunft sollte dem Aspekt der Bildung und Qualifizierung vor Ort noch größeres Gewicht beigemessen werden, und die Transparenz und Kommunikation in Bezug auf die Mittelverwendung sollte weiter verbessert werden.“

Torsten Schmidt, Konjunktur-Chef des Projektpartners RWI, ergänzt: „Die bisher bewilligten Mittel dürften in den kommenden Jahren spürbare Impulse für die regionale Entwicklung geben. Sie fließen vor allem in Projekte, welche die verkehrliche Anbindung verbessern sowie Forschung und Entwicklung stärken. Empirische Studien zeigen, dass beide Arten von Maßnahmen in der Regel positive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung haben – die Förderung der Regionen ist also richtig zugeschnitten.“

Hintergrund: Kohleausstieg, Milliardenförderung und wie deren Wirkung geprüft wird

Um die gesetzlichen Klimaschutzziele zu erreichen, hat die Politik den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen. Davon betroffen sind vor allem die Braunkohlereviere in der Lausitz, in Mitteldeutschland und im Rheinland. Der Bund gibt diesen drei Regionen bis zum Jahr 2038 bis zu 40 Milliarden Euro, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Kohleausstiegs zu mildern. Außerdem erhalten zwei kleinere Braunkohleregionen – das ehemalige Helmstedter Revier und das Altenburger Land – sowie zehn weitere Kreise und kreisfreie Städte mit Steinkohlekraftwerken Finanzhilfen von etwas mehr als einer Milliarde Euro. Das Gesamtbudget liegt laut Investitionsgesetz Kohleregionen bei 41,09 Milliarden Euro.

Wird dieses Geld zielgenau ausgegeben? Und welche Wirkung entfalten die unterschiedlichen Maßnahmen? Diese Fragen untersucht das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zusammen mit dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, das seinen Sitz in Essen hat. Die groß angelegte Evaluierung läuft in den Jahren 2022 bis 2026 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Die Institute sammeln fein gegliederte Daten zum Förderprozess sowie zu den Begünstigten und werten diese aus. Für ein umfassendes Bild der Lage kombiniert das Team sowohl quantitative und qualitative Methoden als auch mikro- und makroökonomische Ansätze. Neben wirtschaftlichen Kriterien sollen auch Aspekte wie Wahlverhalten und Lebenszufriedenheit untersucht werden. Regelmäßige Gutachten stellen die Forschungsergebnisse vor. Die Analyse soll es der Politik erlauben, Erfolge zu erkennen und bei weniger günstigen Entwicklungen gegenzusteuern.

Publikationen:

Alle zugehörigen Veröffentlichungen finden Sie auf der [Projektseite](#) zur Evaluierung des InvKG und des Bundesprogrammes STARK.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8

D-06108 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60

www.iwh-halle.de



Das IWH auf [Bluesky](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.